

# BLITZBRIEFING

10. November 2023

## 1) Jüdisches Leben in Deutschland schützen

### a) Sachverhalt

Die jüngsten islamistischen Terrorangriffe vom 7. Oktober 2023 führen uns eindringlich vor Augen, wie bedroht der Staat Israel ist. Der virulente Judenhasse unter islamistischen Extremisten wird auch bei uns in Deutschland immer deutlicher sichtbar. Die kriegerischen Auseinandersetzungen in Israel haben Auswirkungen auf das jüdische Leben bis nach Niedersachsen. Jüdische Bürgerinnen und Bürger sind tief verunsichert und in Sorge um ihre Sicherheit. Das BKA hat im ersten Halbjahr 2023 bereits 960 Straftaten, darunter 25 Gewaltdelikte, mit judenfeindlichem Hintergrund registriert. Seit dem 7. Oktober 2023, dem Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel, zählte der Bundesverband der Recherche und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) in Deutschland insgesamt 202 antisemitische Vorfälle.

### b) Unsere Position

- Wir wollen das vom Landespräventionsrat geförderte Netzwerk von lokalen Fachstellen der Radikalisierungsprävention ausbauen, um gezielt der Verbreitung von islamistisch motiviertem Antisemitismus und Israelfeindlichkeit, u. a. durch die sogenannte BDS-Kampagne gegen Israel (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen), entgegenzuwirken
- Es muss sichergestellt werden, dass Vereine und Organisationen in Niedersachsen, die antisemitische Ansichten vertreten, keinerlei Landesförderung erhalten, und sollte diese Förderung bislang erfolgen, diese unverzüglich und dauerhaft eingestellt wird.
- Antisemitische Einstellungen und Straftaten müssen weiterhin der Einbürgerung entgegenstehen, so wie es das bestehende Staatsangehörigkeitsrecht vorsieht.
- Israelfeindliche und antisemitische Bekundungen auf Demonstrationen in Niedersachsen müssen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterbunden, Straftaten konsequent verfolgt werden.
- Der polizeiliche Schutz für jüdische Einrichtungen in Niedersachsen muss umgehend und nachhaltig verstärkt werden.

### c) Sprachregelung

Die Sicherheit Israels ist unverbrüchlicher Teil deutscher Staatsräson und antisemitisches Gedankengut darf in Deutschland keinen Platz haben. Wir nehmen es nicht hin, dass jüdische Einrichtungen in Niedersachsen aus Sicherheitsgründen geschlossen werden müssen. Wir sehen hin, mischen uns ein und schützen jüdisches Leben in Deutschland. Wir sagen nicht nur „Nie wieder“, sondern „Nie wieder ist jetzt“. [LINK](#)

#jüdischesLeben

#niewieder

#niewiederistjetzt

# BLITZBRIEFING

10. November 2023

## 2) Berufsorientierung

### a) Sachverhalt

Es gibt ein Defizit bei der beruflichen Orientierung an allgemeinbildenden Schulen. Im vergangenen Jahr blieben Sechs Prozent der Schüler ohne beruflichen Abschluss, ein Drittel der Abiturienten, die jährlich an eine Universität wechseln, brechen das Studium wieder ab. Der bloße Trend zum Studium führt zu einer Vernachlässigung der Ausbildungsbereitschaft junger Menschen. Hinzu kommt eine immer größer werdende Fachkräfteknappheit. Ausbildungsberufe sind daher für die Zukunft ganzer Branchen und unserer Volkswirtschaft von großer Bedeutung. Die Landesregierung streicht die Stunden für Berufsorientierungsbeauftragte an den Schulen. Damit wird es immer weniger motiviertes Personal für Berufsorientierung an den Schulen geben. Ein schwerer Fehler!

### b) Unsere Position

- Wir unterstützen die Forderung nach einer Offensive zur Stärkung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.
- Die Streichung der Anrechnungsstunden für Berufsorientierungsbeauftragte an Schulen muss rückgängig gemacht werden.
- Wir setzen uns für die Einführung eines verpflichtenden Berufsorientierungstags an den Berufsbildenden Schulen im ersten Halbjahr der 9. Jahrgangsstufe an allgemeinbildenden Schulen ein.
- Der Ausbau von Berufsorientierungszentren und die Förderung von Kooperationsprojekten zwischen Schulen, Kammern und Unternehmen muss unterstützt werden.
- Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sollen in der Berufsorientierung genutzt werden, um neue Matching-Formen zu schaffen.

### c) Sprachregelung

Die Landesregierung muss sich stärker dafür einsetzen, dass die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung betont wird und die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Unternehmen und anderen externen Partnern muss durch das Land befördert werden. Dafür müssen mehr finanzielle und personelle Ressourcen für berufliche Schulen zur Verfügung gestellt werden. Entscheidend sind regelmäßige und dauerhafte Angebote. [LINK](#)

[#Berufsorientierung](#)

[#Ausbildung](#)

[#Berufsorientierungstag](#)